

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 30 (1989)
Heft: 19

Artikel: DDR-Drainage und Deutschland
Autor: Pozsgai, Joseph / Brügger, Christian
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1093702>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

DDR-Drainage und Deutschland

Die Massenflucht von DDR-Bürgern über Ungarn hat auch die sogenannte «deutsche Frage» wieder ins Rampenlicht gerückt. Darunter versteht man die Problematik im Verhältnis der beiden deutschen Staaten zueinander, soweit eine diesbezügliche spezielle Problematik eben gesehen wird.

Der grosse Auszug vor allem junger Arbeiter aus dem angeblichen Arbeiterstaat hat nicht nur Ost-Berlin, Bonn und Budapest überrascht, sondern auch die Umgebung. In Moskau hat die Entwicklung den Solidaritätsreflex der Restaurationsanhänger mit der hergebrachten Ordnung à la SED-Regime ausgelöst, und Ligatschow bläst triumphierend zum kalten Krieg, nominell gegen Westdeutschland und faktisch gegen die Folgen der Perestrojka im Sowjetlager, wo die Ungarn schon alternative Farbe bekannt haben. Am Fall der DDR scheiden sich die Geister genauso wie am Fall der innersowjetischen Nationen und Nationalitäten, wobei die interne Konfrontation ins internationale Zusammenleben projiziert wird. In einer kritischen Periode, da jeder Anlass von den restaurativen Kräften zum Fanal stilisiert werden kann, lässt sich auch die versteinte DDR zum Prüfstein schärfen.

Eine Bevölkerung desavouiert ihren Staat

Ausgangspunkt ist eine innenpolitisch verkrustete DDR. Das Regime unter Führung eines schwerkranken Honeckers steht praktisch vor dem Zusammenbruch. Die Bürger wollen das stalinistische Staatsmodell offensichtlich nicht mehr unterstützen. Und für Ost-Berlin noch bedrohlicher als die Ausziehenden oder die Ausreisebeantrager sind die Leute, die dort bleiben wollen. Sie gehen auf die Strasse und demonstrieren für Freiheiten und Veränderungen. Die Schwelle der Angst vor Repressalien hat sich bedrohlich gesenkt, bedrohlich natürlich für die Machthaber.

Die Stabilität der DDR, ein bisher sicherer Faktor in der bewegten Umgebung, ist nicht mehr gewährleistet, und das muss auch Moskau mit Sorge erfüllen. Der jetzige Zustand der DDR zeigt auf, dass sich eine strenge kommunistische Diktatur kaum länger aufrechterhalten lässt, wenn Moskau gleichzeitig ändern sozialistischen Ländern erlaubt, das System umzuwandeln. Was in Ungarn und Polen möglich geworden ist, macht die DDR um so unmöglicher.

Die Ostdeutschen haben von der Bevormundung durch ihren Staat genug. Sie schauen auf ihre westdeutschen Landsleute, welche grösstmögliche Freiheiten geniessen und erst noch in einem Wohlfahrtsstaat mit sozialen Sicherheiten leben. Der Vorsprung, den der sozialistische Staat früher wenigstens auf diesem Gebiet hatte, ist schon längst verschwunden, und sämtliche Vergleiche fallen zu seinen Ungunsten aus, nicht zuletzt die ökologischen Vergleiche. Der Zustand der Umwelt ist im Westen schlimm, aber im Osten ist er katastrophal.



Die Demokratie trippelt, und die Bürokratie fährt zur «Kratie», zur Herrschaft. («Ogonjok», Moskau)



Ihr Teppich- und Bodenbelagsgeschäft

W. Geelhaar AG Bern
Thunstrasse 7
am Helvetiaplatz
Tramlinien 3 + 5

Telefon 031 43 11 44

Auch für Reparaturen und
Reinigungen von Orient-,
Handweb- und Berber-
teppichen sind wir Ihr
Vertrauenshaus.

Unangenehmes für Ost und West

Angesichts der rundum schlechteren Umstände bleibt die DDR auf Mauer und Grenzzaun angewiesen. Anders ist ihre Stabilität weder mit Verhärtung noch mit Liberalisierung zu gewährleisten. Für die Sowjets ist das weder ein guter Hintergrund, um mit den Amerikanern über beidseitigen Truppenrückzug aus Deutschland zu verhandeln, noch ein guter Hintergrund, um mit dem SED-Regime zu kutschieren.

Nicht weniger herausgefordert als Moskau, wenn auch auf andere Weise, wird angesichts der ostdeutschen Destabilisierung das westdeutsche Bonn. Zunächst braucht es viel Geld, um alle neu eingereisten DDR-Bürger aufzunehmen und einzugliedern. Dann braucht es auch viel politische Klugheit im Umgang mit den DDR-Behörden. Diese sind so nervös geworden, dass eine geregelte Zusammenarbeit mit ihnen überhaupt in Frage gestellt ist. Der Wunsch nach Freiheit in der DDR-Bevölkerung ist so flagrant geworden, dass er auch die westlichen Berechnungen über den Haufen wirft. Die bisherige Politik, einvernehmlich mit der DDR-Führung im bestmöglichen Interesse der Bürger zu handeln, ist gefährdet. Immer mehr schliessen die Möglichkeiten einander aus: Entweder hält man es mit den Behörden und verdirbt es mit der Bevölkerung, oder man hält es mit der Bevölkerung und verdirbt es mit den Behörden. Bisher hatte man den systemabweisenden Willen der Bevölkerung unterschätzt. Die offene ungarische Grenze zum Westen hat ihn schlagartig sichtbar gemacht.

Es ist schwer geworden, eine längerfristige Koexistenz mit einer Staatsführung zu planen, die ihrerseits mit ihren eigenen Bürgern so deutlich im Konflikt steht. Um so erstaunlicher ist es, dass ausgerechnet jetzt in der Bundesrepublik die Diskussion um die Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten wieder aufkommt, offensichtlich im unmöglichsten Zeitpunkt, da auch in leichteren Dingen keine Vorplanung mehr möglich ist. Irgendwann wird es an den Bürgern der DDR sein, zu entscheiden, ob sie die Einheit Deutschlands wollen oder nicht. Und die Voraussetzung wäre erst noch, dass sich die ehemaligen Siegermächte (USA, Grossbritannien, Frankreich und Sowjetunion) einig

würden, den Deutschen die diesbezügliche Entscheidung zuzubilligen. Da haben alle, und speziell die unruhig gewordene Sowjetunion, zunächst noch andere Sorgen.

Schon im Westen löst der Gedanke an ein wiedervereinigtes Deutschland als dominierende Macht auf dem Kontinent alles andere als Begeisterung aus, auch wenn alle Beteiligten ihre Achtung vor dem Selbstbestimmungsrecht bezeugen. Und Moskau seinerseits ist begreiflicherweise nicht gewillt, «seine» DDR gratis abzugeben, solange es einen guten Preis für sein allfälliges Entgegenkommen erzielen kann.

Im Kreml ist man sich bewusst, dass zwischen der Sowjetunion und dem (ehemaligen) Satellitengürtel ein dauerhafter Entfremdungsprozess eingesetzt hat, und man hat ferner ein Interesse daran, die kostspielige Truppenpräsenz in Deutschland abzubauen, in Vereinbarung mit den Amerikanern, die auf der westlichen Seite ebenfalls abziehen würden. Spätestens seit diesem Sommer wissen die Sowjets, dass sie in der spröden und dementsprechend potentiell brüchigen DDR keinen verlässlichen Partner für die Zukunft haben, und weil auch die andern osteuropäischen Länder sich nicht mehr als militärische Ersatzfestung eignen, wird ein sowjetischer Truppenrückzug aus der DDR einem sowjetischen Rückzug aus Osteuropa überhaupt nahekommen. Die DDR würde zu einem Einzelfall von exemplarischer Wichtigkeit.

UdSSR: Trümpfe ausspielen oder Karten verwerfen?

Anderseits aber hat die Sowjetunion keine Veranlassung, von sich aus den historischen Rückzug zu übereilen und das nicht zu nehmen, was sie dafür kriegen kann. Es liegt auf der Hand, dass der Kreml die osteuropäischen Länder zu einem Höchstpreis «verkaufen» will, schon weil die Sowjetunion selber wirtschaftlich nahezu konkursreif geworden ist. Die Moskauer Führung muss aufpassen, die Kontrolle nicht zu früh aus der Hand zu geben, denn sie will für jeden Schritt vom Westen etwas verlangen. Als in Budapest die leidenschaftliche Neutralitätsdiskussion ausbrach, wurden die Ungarn von Moskau nachdrücklich davor gewarnt, vorzeitig sowjetische «Verhandlungspositio-

nen» preiszugeben. In Warschau honorieren sowohl die Solidarnosc als auch die neue Regierung die sowjetischen Interessen im vornherein, um keine Komplikationen heraufzubeschwören.

Ein massiver Verhandlungstrumpf gegenüber dem Westen sind natürlich die 400 000 Mann sowjetischer Truppen in der DDR. Der Kreml hatte schon 1983 mit der deutschen Karte zu spielen begonnen, mitten in einer «Eiszeit» zwischen den beiden Supermächten. Damals kam es zu einer beschleunigten deutsch-deutschen Annäherung, eingeleitet durch eine DDR-Reise von Franz Joseph Strauss und durch einen westdeutschen Milliardenkredit an Ost-Berlin. Dieser Prozess unter Zustimmung Washingtons und Moskaus dauert noch heute an, auch wenn Ost-Berlin bei der Perestrojka nicht mitmacht.

Die Sache läuft als Tauschgeschäft. Bonn erkaufte sich politische Zugeständnisse im humanitären Bereich, um Annäherungen zu ermöglichen und gelegentlich an einer Wiederherstellung der deutschen Einheit zu arbeiten; das Wiedervereinigungsangebot ist in der Bonner Verfassung enthalten. Das SED-Regime wiederum hofft darauf, die Systemkrise mit D-Mark zu überwinden und hat natürlich ohnehin nichts gegen zusätzliche Einkommen einzuwenden. ▶

Das sind Briefmarken!

Wir verkaufen schöne alte, aber noch gültige Schweizer Briefmarken mit 2 bis 5 % Rabatt auf den Frankierwert! Auch Ihre Post wirkt so viel freundlicher!

Für Sammler

Wir haben immer wieder schöne Sammlungen ersttaggestempelter FL-Briefmarken ab ca. 1962, die wir zum halben Postpreis verkaufen!

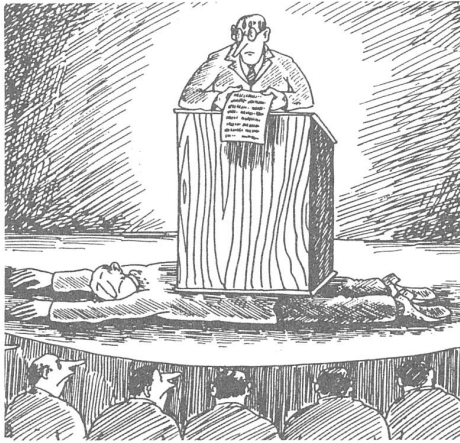
von Ah Handels AG, Violastrasse 1
9535 Wilen, Telefon 073 23 27 72
Fax 054 21 96 97

STEIGER
DRUCK AG
BERN



Moserstrasse 31
3014 Bern
Telefon 031 41 27 75

... Steiger druckt's



«Ogonjok», Moskau, Nr. 8/1989

Wiedervereinigung via Neutralisierung?

Moskau erklärt eine deutsche Wiedervereinigung nicht zu seinem Thema, legt aber auch kein Sperrfeuer. Sein wirtschaftliches Interesse ist es, Bonn zur Modernisierung der sowjetischen Industrie zu gewinnen, und sein politisches Interesse ist es, die Bundesrepublik zugegebener Zeit aus der Nato herauszulocken. Die USA haben weder Bonn noch Moskau beim Ausspielen der deutschen Karte gestört und warten ab. Im Moskauer Politbüro gibt es Kräfte, die an einem wirtschaftlich-politischen Deutschlandgeschäft interessiert wären, und es gibt andere Kräfte, die sich gegen jede Veränderung des europäischen Status quo stemmen.

Eine Entlassung der Bundesrepublik aus der Nato würde die europäische Szene verändern. Ein wiedervereinigtes Deutschland unter neutraler Flagge würde die (übrigens gerade von Bonn forcierte) politische Union der Europäischen Gemeinschaft sowie die deutsch-französische sicherheitspolitische Zusammenarbeit als Kern einer europäischen Streitmacht im Nato-Rahmen torpedieren.

Wenn Bonn den Nato-Austritt als Vorleistung für die Wiedervereinigung verstehen sollte, weiss es natürlich nicht, wie es mit der Nachleistung aussieht. Schliesslich gilt, was François Mitterrand in einem Interview für die deutsche Presse Ende Juli gesagt hat: «Vor der Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts müssten sich zunächst die beiden deutschen Regierungen einig sein; keiner der beiden deutschen Staaten kann dem andern etwas aufzwingen.»

Überhaupt ist es nicht einsichtig, was denn das westliche Interesse an einem grossen und neutralisierten Deutschland sein sollte. Die Amerikaner unterstützen erklärterweise das Recht der Deutschen auf Wiedervereinigung. Warum auch nicht? Das ist eine Unterstützung für das Selbstbestimmungsrecht. Dieses postuliert das Recht der Deutschen, sich nach ihrem eigenen Willen entweder zu vereinigen oder es auch bleiben zu lassen. Es geht um die Zuständigkeit der Bevölkerung hüben und drüben für ihre eigenen Belange, nicht um die Erwünschtheit oder Unerwünschtheit eines neuen deutschen Staates.

Momentan scheint es allerdings evident, dass die ostdeutsche Eigenstaatlichkeit mindestens in ihrer bisherigen Form von der DDR-Bevölkerung stark desavouiert wird. Und das bringt die bisher immer nur von Bonn hochgehaltene «deutsche Frage» sozu-

sagen von der andern Seite her ins Gerede. Was sie im Fall eines Systemwechsels für ein Eigengewicht hätte, bliebe gegebenenfalls zu sehen.

Zuerst kommt die Systemfrage

Die Aktualität der sogenannten deutschen Frage besteht darin, dass sie angesichts der östlichen Systemkrise heute in der Bundesrepublik diskutiert wird. Materiell betrachtet freilich wird sie erst dann aktuell, wenn man in beiden deutschen Staaten darüber frei abstimmen kann, weil man überhaupt frei abstimmen kann, über beliebige Dinge. Diese Voraussetzung ist in der DDR nicht gegeben, und somit kann die deutsche Frage der einzig zuständigen Instanz, nämlich der deutschen Bevölkerung, gar nicht gestellt werden. Wenn aber diese Voraussetzung zur einzig gültigen Fragestellung geschaffen werden sollte, dann wird ohnehin etwas passiert sein, was für unsere Welt wichtiger ist als alle nationalen Gliederungen oder Neugliederungen, nämlich der Sieg der Demokratie über die Diktatur. Weil die Nebenfrage der Wiedervereinigung ohnehin hinter die Hauptfrage der Gesellschaftsordnung zu stehen kommt, könnte man sich eigentlich auf diese konzentrieren. ■

Bestellschein für Zeitbild

Ich bestelle ein Jahresabonnement **Zeitbild** zu Fr. 52.—
(Ausland sFr. 57.—/DM 68.—). Erscheinungsweise alle zwei Wochen.

Name: _____

Vorname: _____

Strasse: _____

PLZ/Ort: _____

Datum, Unterschrift: _____

19/89

Bitte einsenden an **Zeitbild**, Postfach, CH-3000 Bern 6



Zeitbild

Erscheint alle zwei Wochen

Redaktion — Administration —
Anzeigenverwaltung

Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6

Telefon 031 43 12 12

Telefax 031 43 38 91

Postcheck Zeitbild 30-24616-5

Banken: Spar + Leihkasse Bern 153.400.2.03

Deutsche Bank Frankfurt a. M.

(BLZ 500 700 10) 78-2409

Printed in Switzerland ISSN 0044-2100

Verantwortlicher Herausgeber und Verlag

Schweizerisches Ost-Institut AG (SOI)

Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6

Forschung, Information und Dokumentation

Redaktion

Peter Sager, Christian Brügger

Administration und Anzeigenverwaltung

Peter Dolder

Abonnementspreise Schweiz

Jahresabonnement Fr. 52.—

Studenten, Lehrlinge und Schüler Fr. 31.—

Einzelnummer Fr. 2.50

Abonnementspreise Ausland

Europa + Mittelmeerlande

Jahresabonnement sFr. 57.—/DM 68.—

Luftpost sFr. 62.—

Studenten, Lehrlinge und Schüler

sFr. 36.—/DM 43.—

Einzelnummer sFr. 2.80/DM 3.40

Übersee

Jahresabonnement Luftpost sFr. 67.—